

# EURO-LETTER

Der Euro-Letter wird von der **ILGA-Europa** – Der Europäische Regionalverband des Internationalen Lesben- und Schwulenverbands - [ILGA-Europe - the European Region of the International Lesbian and Gay Association] mit Unterstützung der Europäischen Gemeinschaft – Die Europäische Union gegen Diskriminierung – veröffentlicht.

**Herausgeber:** Juris Lavrikovs \* **Kontakt:** [euroletter@ilga-europe.org](mailto:euroletter@ilga-europe.org)

**Euro-Letter [auf Englisch] abonnieren:**

Senden Sie bitte einfach eine Mitteilung ohne Text an: [euroletter-subscribe@yahoogroups.com](mailto:euroletter-subscribe@yahoogroups.com)

**Bisherige Ausgaben:** Alle vorangegangenen Euro-Letter in englischer Sprache, als auch die deutschen und portugiesischen Übersetzungen von Nr. 76 Januar 2000 und griechische Übersetzungen von Nr. 127 Januar 2006 an, sind im pdf-Format auf unserer Website abrufbar: [www.ilga-europe.org/europe/publications/euro\\_letter](http://www.ilga-europe.org/europe/publications/euro_letter)

Die ILGA-Europa dankt der Lesbian and Gay Liberation Front e.V. für die deutschen Übersetzungen des Euro-Letter, die auch auf ihrer Website abrufbar sind: <http://www.lgjf.de>

Die in dieser Veröffentlichung enthaltenen Informationen geben nicht unbedingt die Position oder die Meinung der Europäischen Kommission wieder.

## In dieser Ausgabe

### ILGA-EUROPA

- **VORSTANDSMITGLIED DER ILGA-EUROPA GENERALSEKRETÄR DER ILGA!**
- **ILGA-EUROPA SETZT SICH WEITER FÜR EU-GRUNDRECHTEAGENTUR EIN**
- **ILGA-EUROPA HÄLT EINFÜHRUNGSREDE AUF DER OSZE-ZUSATZKONFERENZ ÜBER DIE MENSCHLICHE DIMENSION ZU MENSCHENRECHTSAKTIVISTEN/INNEN**

### EUROPA

- **Konsultation über Weißbuch der Europäischen Kommission für eine europäische Kommunikationspolitik**
- **Oberster schwedischer Gerichtshof, Restaurant und küssende Lesben**
- **Griechenland will keine Schwulen in seinen Streitkräften**
- **Ungarns FIDESz-Allianzchef schürt Homophobie im Vorfeld der Wahlen**

### GLEICHGESCHLECHTLICHE FAMILIEN

- **TSCHECHISCHE REPUBLIK: SCHWULENREAKTION AUF GESETZ ZU GLEICHGESCHLECHTLICHER PARTNERSCHAFT**
- **IRLAND: STAAT WILL RECHTLICHEN SCHUTZ FÜR ZIVILE PARTNERSCHAFTEN**
- **NIEDERLANDE: ANZAHL GLEICHGESCHLECHTLICHER EHESCHLIEßUNGEN STABILISIERT SICH**

## **VERSAMMLUNGSFREIHEIT**

- **AUFFORDERUNG AN MOSKAUER BÜRGERMEISTER, GAY PRIDE VERBOT ZU "ÜBERPRÜFEN"**

## **SCHWARZES BRETT**

- **ZWEI JOBS IM BÜRO FÜR DEMOKRATISCHE INSTITUTIONEN UND MENSCHENRECHTE**
- **JOBGELEGENHEIT BEIM EUROPÄISCHEN NETZWERK GEGEN ARMUT**
- **AKTUELLE BÜCHER ÜBER LGBT-RECHTE**
- **GLEICHE RECHTE IN DER PRAXIS – AKTUELLER STAND**

**Quelle:** [www.ilga-europe.org/europe/publications/euro\\_letter](http://www.ilga-europe.org/europe/publications/euro_letter) \* Anmerkungen des Übersetzers in eckigen Klammern \* In Texten verwendete und nicht erläuterte Abkürzungen: LGBTIQ - Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender [Menschen mit Geschlechtsrollen übergreifender Identität], Intersexuelle, Queer (lesbisch, schwul, bisexuell, transgender, intersexuell, queer), EG – Europäische Gemeinschaft(en), EU - Europäische Union, NGO - nichtstaatliche Organisation.

## **ILGA-EUROPA**

### **VORSTANDSMITGLIED DER ILGA-EUROPA GENERALSEKRETÄR DER ILGA!**

*Quelle: Medienmitteilung der ILGA-Europa, 04. April 2006*

Am 03 April 2006, dem letzten Tag der 23. Weltkonferenz des Internationalen Lesben- und Schwulenverbands (ILGA) in Genf, wählten die Delegierten/innen Philipp Braun, Vorstandsmitglied der ILGA-Europa, zum Generalsekretär und Rosanna Flamer-Caldera zur Generalsekretärin der ILGA. Neben anderen wichtigen Entscheidungen der ILGA-Weltkonferenz wurde die schwedische Organisation RFSL mit dem Frauensekretariat der ILGA betraut und das Transgendersekretariat geschaffen. Als Konferenzorte für die nächsten beiden ILGA-Weltkonferenzen wurden für 2008 Quebec (Kanada) und für 2010 Moskau (Russland) beschlossen.

Die ILGA-Europa<sup>(1)</sup> ist stolz darauf, dass eines ihrer Vorstandsmitglieder die Organisation nun auch auf globaler Ebene als Generalsekretär führt. Patricia Prendiville, Geschäftsführerin der ILGA-Europa, erklärte:

"Wir sind erfreut, dass unserem Vorstandsmitglied Philipp Braun<sup>(2)</sup> solch eine Ehre und solch ein Vertrauen von lesbischen, schwulen, bisexuellen und transgender (LGBT) Aktivist\*innen aus aller Welt entgegengebracht wurde. Philipp hat sich auf europäischer und internationaler Ebene seit vielen Jahren in der Bewegung für LGBT-Rechte engagiert. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit Philipp und Rosanna in den kommenden Jahren und besonders deshalb, weil wir eine noch engere Zusammenarbeit haben werden, wenn wir später in diesem Jahr in gemeinsame Räumlichkeiten einziehen."

<sup>(1)</sup> Die ILGA-Europa ist der europäische Regionalverband der ILGA und setzt sich für Menschenrechte und Gleichstellung für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender in Europa ein.

<sup>(2)</sup> Philipp Braun ist ein LGBT-Aktivist seit den frühen 1990igern. Er ist seit 2003 Vorstandsmitglied der deutschen LGBT-Organisation LSVD. Philipp leistete Lobbyarbeit für die Lebenspartnerschaft, die Gesetzgebung zur Antidiskriminierung und für Transgender und hat sich seit 2003 in der Kampagne für den Einbezug von LGBT-Rechten bei den Vereinten Nationen eingesetzt.

### **ILGA-EUROPA SETZT SICH WEITER FÜR EU-GRUNDRECHTEAGENTUR EIN**

*Von Christine Loudes*

Die ILGA-Europa hat sich an der Debatte über die Agentur seit 2003 beteiligt. Insbesondere fordern wir eine unabhängige, mit angemessenen Mitteln ausgestattete Agentur, die NGOs in ihre Arbeit einbezieht. Wir brachten diese Hauptforderungen in einer Antwort auf die Mitteilung der Kommission zur Grundrechteagentur zum Ausdruck.

Im Juni 2005 stellte die Kommission einen Regelungsentwurf vor, der zur Zeit vom Europäischen Rat diskutiert und im Europäischen Parlament debattiert wird.

Die österreichische Präsidentschaft hat erklärt, dass sie versuchen wird, den Entwurf während ihrer Präsidentschaft (Januar bis Juni 2006) abschließend zu realisieren. Am 22. März 2006 wandte sich die Soziale Plattform, Netzwerk und Koordinationsplattform für Menschenrechte und Demokratie, mit der Bitte in einem Schreiben an die österreichische Präsidentschaft, den Vorgang zu verlangsamen und Fragen der Unabhängigkeit und des Pluralismus der vorgeschlagenen Agentur anzusprechen.

Den Mitgliedern der ILGA-Europa wurde auf nationaler Ebene ein Schreiben übermittelt, um die Aufmerksamkeit der mit dem Dossier befassten Minister auf den Mangel an Unabhängigkeit und Pluralismus der Agentur und auf die Notwendigkeit, Artikel 23 TEC ein größeres Gewicht in der Tätigkeit der Agentur zu verleihen, zu lenken.

Die ILGA-Europa war als Mitwirkende in der Sozialen Plattform bei der Formulierung von Änderungsanträgen zur Vorlage der Kommission eng beteiligt. Diese sind den verschiedenen ständigen Vertretungen übermittelt worden. Die Änderungsanträge zielen ab auf die Gewährleistung der Unabhängigkeit der Agentur von der Kommission und Mitgliedstaaten, den Einbezug von NGOs in ihre Arbeit und ihren Entscheidungsprozess und auf die Garantie der Menschenrechte für Menschen, die Diskriminierung ausgesetzt sind. Zu diesem Zweck wurden der Vorlage der Kommission Hinweise auf Artikel 13 TEC und Artikel 21 der EU-Grundrechtecharta hinzugefügt.

Für weitere Informationen besuchen Sie bitte unsere Website:  
[www.ilga-europe.org/europe/advocacy\\_lobbying/human\\_rights\\_mechanisms/fundamental\\_rights\\_agency](http://www.ilga-europe.org/europe/advocacy_lobbying/human_rights_mechanisms/fundamental_rights_agency)  
oder nehmen Sie Kontakt mit uns auf unter: [christine@ilga-europe.org](mailto:christine@ilga-europe.org)

## **ILGA-EUROPA HÄLT EINFÜHRUNGSREDE AUF DER OSZE-ZUSATZKONFERENZ ÜBER DIE MENSCHLICHE DIMENSION ZU MENSCHENRECHTSAKTIVISTEN/INNEN**

*Von Maxim Anmeghichean*

Zum ersten Mal in der Geschichte der OSZE [Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa] wurde die ILGA-Europa eingeladen, eine Einführungsrede während der Zusatzkonferenz über die menschliche Dimension [Supplementary Human Dimension Meeting (SHDM)] zu Menschenrechtsaktivisten/innen zu halten. Die Rede wurde vor einem umfangreichen Publikum mit Delegationen teilnehmender Staaten, Vertretern/innen der Zivilgesellschaft und Ehrengästen gehalten. Maxim Anmeghichean, Programmdirektor der ILGA-Europa, führte in der Rede aus: "Das von diesen [sozial verwundbaren] Minderheiten erlittene Stigma strahlt auch auf diejenigen aus, die ihre Rechte verteidigen, und wird oft dazu benutzt, sie in Verruf zu bringen. Dieses Stigma hält auch einige Menschenrechtsorganisationen davon ab, ein bestimmtes Thema in Angriff zu nehmen, das sie zu heikel für das Land, in dem sie arbeiten, halten." Fragen der Versammlungs- und Organisationsfreiheit, Hassreden und Aufhetzung zur Gewalt sowie Entkriminalisierung einvernehmlicher gleichgeschlechtlicher Handlungen wurden in der Rede ebenfalls ausführlich behandelt.

Patricia Prendiville, Geschäftsführerin der ILGA-Europa, erklärte: "Das ist das erste Mal, dass die ILGA eingeladen wurde, auf einer so hoch angesiedelten OSZE-Veranstaltung vorzutragen; wir sind für diese Gelegenheit sehr dankbar und hoffen, dass sie einen Trend in der OSZE widerspiegelt."

Die ILGA-Europa war außerdem Mitorganisatorin einer gut besuchten Nebenveranstaltung zum Thema Versammlungsfreiheit für Menschenrechtsaktivisten/innen. Als praktische Folge aus der SHDM wird die Formulierung von Leitlinien zu Menschenrechtsaktivisten/innen und Versammlungsfreiheit für die der OSZE beigetretenen Staaten erwartet.

## **EUROPA**

### **Konsultation über Weißbuch der Europäischen Kommission für eine europäische Kommunikationspolitik**

*Von Europa-Koordinationssteam, Generaldirektion Kommunikation, Europäische Kommission, 24.03.06*

Die Europäische Kommission veröffentlichte am 01. Februar ihr Weißbuch für eine europäische Kommunikationspolitik ([http://europa.eu.int/comm/communication\\_white\\_paper/index.htm](http://europa.eu.int/comm/communication_white_paper/index.htm)).

Das ist ein Konsultationspapier [Rücksprachepapier], mit dem Ihre Meinung – und die Meinungen anderer Beteiligter - in Erfahrung gebracht werden soll, wie die Europäische Union am besten mit Menschen in ihrem Alltag verbunden werden kann.

Wir möchten den Menschen das Verständnis erleichtern, wie die EU funktioniert, mit welchem Sachverhalten sie sich befasst und wie EU-Entscheidungen das Leben in der lokalen Gemeinschaft beeinflussen.

Wir möchten auch, dass es den Menschen so leicht fällt und selbstverständlich ist, über europäische Angelegenheiten zu diskutieren, wie über nationale oder lokale Angelegenheiten; also, unter dem Strich europäische Politiken so in lokale Aktivitäten zu übersetzen, dass sie Gesprächsstoff für Menschen auf lokaler Ebene sind – nicht nur für Abgeordnete des Europäischen Parlaments oder Minister/innen der Regierung.

Drittens möchten wir es den Bürgern/innen erleichtern, die EU gestalten zu helfen. Wir möchten die Menschen an Foren teilnehmen lassen, wo sie ihre Stimme zur Geltung bringen können. Sie sollten die Möglichkeit haben, problemlos mit ihren lokalen Stadträten/innen, ihren Bundestagsabgeordneten, Abgeordneten des Europäischen Parlaments und Vertretern/innen des Landesparlaments, wie auch mit Ministerien der Bundesregierung und der EU-Institutionen zu kommunizieren.

Letztendlich wollen wir eine Kommunikationspolitik der EU, die wirklich dazu beiträgt, das "Demokratiedefizit" in Europa zu beseitigen!

NGOs werden eine Schlüsselrolle in dieser Politik spielen, indem sie dabei helfen, mehr Transparenz, bessere Informationen und klarere Standards für die Konsultation zu gewährleisten. Deshalb möchten wir Ihre Meinung zu dem Weißbuch hören.

Die Konsultationsphase wird bis Ende Juli 2006 dauern, und wir laden alle Beteiligten und Bürger/innen ein, ihre Kommentare und Ideen zu den fünf Bereichen, in denen das Weißbuch Maßnahmen vorschlägt, zu übermitteln:

- Die Festlegung gemeinsamer Prinzipien, die als Richtschnur für die Kommunikationsaktivitäten über Europa dienen sollen,
- die Rolle der Bürger stärken (zivile Ausbildung, Debattenforen, und so weiter),
- mit den Medien zusammenarbeiten und neue Technologien nutzen,
- ein klares Bild von der öffentlichen Meinung gewinnen,
- die Aufgabe gemeinsam angehen (eine wirkliche Partnerschaft zwischen EU-Institutionen, allen Regierungsebenen, politischen Parteien und NGOs).

Die Festlegung gemeinsamer Prinzipien ist besonders wichtig, weil sie die Grundlage für alles andere bildet, was die Beteiligten zusammen tun. Wir sind der Meinung, dass die Bürger/innen das Recht auf vollständige und faire Informationen über die EU haben, das Recht, die vollständige Palette an Meinungen zu erfahren und, dass ihre Stimme bei den Politikern/innen gehört wird. Wir schlagen vor, dass diese Prinzipien oder Rechte in einem Rahmendokument verankert werden könnten – zum Beispiel in einer europäischen Charta oder Gesetzbuch zum Kommunikationsverhalten:

([http://europa.eu.int/comm/communication\\_white\\_paper/charter\\_code/index\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/communication_white_paper/charter_code/index_en.htm))

Was ist Ihre Meinung?

Wir möchten wissen, was Sie von den Anregungen halten, die im Weißbuch für die einzelnen Bereiche gegeben werden. Neue Ideen zum Thema des Weißbuchs sind ebenfalls höchst willkommen.

Sie können das Weißbuch lesen [auf Deutsch] und Ihre Kommentare online abgeben unter: [http://europa.eu.int/comm/communication\\_white\\_paper/doc/white\\_paper\\_de.pdf](http://europa.eu.int/comm/communication_white_paper/doc/white_paper_de.pdf)

Nach Abschluss der Konsultationsphase wird die Kommission Bilanz ziehen und mit den Beteiligten Pläne für das weitere Vorgehen erarbeiten.

**Sagen Sie Ihre Meinung!**  
**Wir freuen uns auf Ihre Beiträge!**

## **Oberster schwedischer Gerichtshof, Restaurant und küssende Lesben**

*Von Hans Ytterberg, schwedischer Ombudsmann gegen Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung*

Am 28. März 2006 sprach der Oberste Gerichtshof Schwedens sein Urteil im ersten Prozess einer Diskriminierung im Restaurant, der nach neuer Zivilgesetzgebung (in Kraft seit dem 01. Juli 2003) zur Antidiskriminierung verhandelt wurde. Der schwedische Ombudsmann [nimmt die Rechte von Bürgern/innen gegenüber den Behörden wahr] gegen Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung, Hans Ytterberg, hatte einen Prozess gegen ein Restaurant angestrengt, aus dem ein lesbisches Paar hinausgeworfen worden war, weil die beiden Frauen sich in den Räumlichkeiten geküsst und umarmt hatten. Das Amtsgericht von Stockholm hatte gegen den Ombudsmann entschieden, aber nach Anfechtung hob das Berufungsgericht das Urteil auf, entschied zu Gunsten des Ombudsmanns und verurteilte den Restaurantbetrieb zu Schadenersatz in Höhe von SEK 50.000 [SEK = skr = schwedische Krone] (ungefähr € 5.500,-- oder \$ 6.500,--). Das Restaurantunternehmen legte Berufung beim Verfassungsgerichtshof ein, das den Fall zur Anhörung annahm.

In seinem Urteil bestätigt der Oberste Gerichtshof, dass die vom Ombudsmann vorgelegte Interpretation der Beweislastbestimmungen in der Tat korrekt wäre und zog den gleichen Schluss wie das Berufungsgericht, dass das Restaurant nicht bewiesen hätte, dass es legitime Gründe für den Hinauswurf des Paares gegeben hätte, die nichts mit seiner sexuellen Orientierung zu tun gehabt hätten. Allerdings ignorierte der Oberste Gerichtshof bei der Höhe des verhängten Schadenersatzes die Argumente des Ombudsmanns, dass schwedisches Recht in Übereinstimmung mit dem Recht der Europäischen Gemeinschaft auszulegen wäre, das in der Richtlinie 2000/43/EG fordert, dass Sanktionen wirksam und abschreckend sein müssten. Der Oberste Gerichtshof entschied, dass SEK 15.000 (rund € 1.500,-- oder \$ 2.000,--) eine angemessene Wiedergutmachung wären.

Der Ombudsmann kommentierte das Urteil mit der Erklärung, dass es natürlich positiv sei, dass es das höchste Gericht im Land klar gemacht hätte, Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung sei inakzeptabel, während er zur gleichen Zeit die Tatsache bedauerte, dass der Gerichtshof die Notwendigkeit für den wirksamen und abschreckenden Schutz vor solcher Diskriminierung ignoriert hätte. Der Ombudsmann zog den Schluss, dass er jetzt überlegen müsse, der Regierung zum einen eine geänderte Gesetzgebung vorzuschlagen und zum anderen zu fordern, dass die Gerichte in anderen anhängigen Prozessen den Gerichtshof in Luxemburg um eine Vorabentscheidung darüber ersuchen, was mit "wirksam" und "abschreckend" in den Richtlinien gegen Diskriminierung in Hinsicht auf die Höhe des Schadenersatzes für Diskriminierung gemeint sei.

## **Griechenland will keine Schwulen in seinen Streitkräften**

*Quelle: Political Gateway, 28. März 2006, [www.politicalgateway.com/news/read.html?id=6756](http://www.politicalgateway.com/news/read.html?id=6756)*

Griechenland wünscht offiziell keine Schwulen in seinen Streitkräften und grenzt damit Schwule im Rahmen der allgemeinen Wehrpflicht als auch diejenigen aus, die sich freiwillig anwerben lassen. Das erklärte der Generalstab der griechischen Streitkräfte am Donnerstag.

Die griechische Armee schließt Schwule aus ihren Reihen nach einem Präsidenschaftsdekret von 2002 aus, das alle Personen vom Militärdienst ausschließt, "die unter einer psychosexuellen Geistesstörung oder Krankheit der sexuellen Identität leiden", teilte eine Quelle aus dem Generalstab AFP [Presseagentur] mit.

Das wurde bestätigt, als die schwule Community des Landes (EOK) am Donnerstag eine Beschwerde bei den griechischen Ministerien für Verteidigung und Transport mit dem Argument einreichte, dass diese "faschistische" Bestimmung sie jetzt auch daran hindere, Führerscheine zu machen.

Eine Urkunde, in der bescheinigt wird, dass ein Wehrpflichtiger seinen Militärdienst abgeschlossen hat, – der für alle griechischen Männer obligatorisch ist – werde in den erforderlichen Unterlagen für einen Führerschein in Griechenland verlangt, erklärte EOK-Mitglied Vangelis Iannelos.

Iannelos wies auf den Fall eines schwulen Mannes hin, dem vor kurzem vom Transportministerium mitgeteilt wurde, sich einer sechsmonatigen psychiatrischen Behandlung zu unterziehen, wenn er einen Führerschein ausgestellt bekommen möchte.

In lannelos eigener 1996 ausgestelltem Bescheinigung wäre festgestellt worden, dass er "an homosexuellem Verhalten leidet", erklärte er.

Auf Veranlassung des griechischen Datenschutzbeauftragten werden solche Einzelheiten nicht mehr in der Bescheinigung der Armee aufgeführt.

Weil aber die gleiche Bescheinigung allen vom Dienst in den Streitkräften freigestellten Personen ausgestellt werde "werden Homosexuelle in den gleichen Sack gesteckt wie Psychopaten", teilte lannelos AFP mit.

Im Februar 2006 hatte der griechische Staatsausschuss für Menschenrechte, ein offizielles Beratungsgremium für den Ministerpräsidenten, Schritte gefordert, um die antischwule Diskriminierung im Land zu beenden. Solche Maßnahmen sind nicht ergriffen worden.

## **Ungarns FIDESz-Allianzchef schürt Homophobie im Vorfeld der Wahlen**

Quelle: [www.portfolio.hu](http://www.portfolio.hu), 29. März 2006

Ungarns Christlich Demokratische Volkspartei (KDNP), eine kleine Partnerin der Hauptoppositionspartei FIDESz [Bürgerallianz], griff die liberale Partei SzDSz [Bund freier Demokraten] – kleinere Partnerin der Regierungskoalition – wegen der Unterstützung von Schwulenrechten an und forderte die Partei auf, aus dem politischen Leben zu verschwinden.

"Wir haben die Nase voll von abweichendem Verhalten, voll von Gay Pride und den Werten, die die SDSZ repräsentiert hat", erklärte KDNP-Präsident Zsolt Semjén auf dem nationalen Parteitag am Wochenende.

Semjén sagte, es wäre höchste Zeit für die SZDSZ, ein für allemal aus dem politischen Leben Ungarns zu verschwinden.

Semjén lobte den polnischen Präsidenten Lech Kaczynski, der als Warschauer Bürgermeister Schwulenrechtsparaden verboten hatte, und verdammt eine Protestkundgebung von Schwulenrechtsaktivisten/innen in Budapest, die gegen den Besuch von Kaczynski protestiert hatten.

"Er hatte den Mut als Bürgermeister von Warschau, die Schwulenparade aus Warschau rauszuschmeißen, um die Jugend und die öffentliche Moral zu schützen", sagte er.

[Weitere Einzelheiten zu Wahlkampfausfällen im Vorfeld der Wahlen am 09. und 23. April.]

## **GLEICHGESCHLECHTLICHE FAMILIEN**

### **TSSCHECHISCHE REPUBLIK: SCHWULENREAKTION AUF GESETZ ZU GLEICHGESCHLECHTLICHER PARTNERSCHAFT**

Quelle: Medienmitteilung der Schwulen Initiative in der Tschechischen Republik, 16. März 2006

VACLAV KLAUS VERLIERT!!! EINGETRAGENE LEBENSPARTNERSCHAFT AKZEPTIERT!!!

Am 15. März 2006 überstimmte die Abgeordnetenversammlung um 18.17 Uhr das Veto des Präsidenten der Tschechischen Republik Vaclav Klaus. Um das Veto zu überstimmen, waren 101 Stimmen erforderlich. Für das Gesetz zur eingetragenen Partnerschaft stimmten fast alle Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei (ČSSD), der Kommunistischen Partei (KDČM) und der Freiheitsunion (US) sowie zwei Mitglieder der Demokratischen Bürgerpartei (ODS).

Die Sozialdemokratische Partei unter Ministerpräsident Jiri Paroubek konnte ihr Versprechen einlösen, das Gesetz zur eingetragenen Lebenspartnerschaft zu unterstützen. Auch die Kommunistische Partei und die Freiheitsunion erfüllten ihre Wahlversprechen. Mitglieder der Demokratischen Bürgerpartei legten absolutes moralisches Fehlverhalten an den Tag, als sie ihre Parteikollegen/innen - als frühere Unterstützer/innen des Gesetzes drängten, nicht für das Gesetz zu stimmen. Sie erklärten, dass Ministerpräsident Paroubek den Sachverhalt politisiert hätte. Wir danken den beiden tapferen ODS-Mitgliedern, die es möglich machten, dass das Gesetz zur eingetragenen Lebenspartnerschaft in Kraft treten kann.

Die schwule Initiative in der Tschechischen Republik (früher SOHO – Verband von Bürgerorganisationen Homosexueller in der Tschechischen Republik) hat ihre 15 Jahre dauernden Bemühungen für rechtliche und faktische Gleichstellung der schwulen und lesbischen Minderheit in der Tschechischen Republik zu einem guten Ende gebracht.

Wir danken allen, die in der Lage waren, 15 Jahre Engagement für diese menschliche Idee auszuhalten. Wir danken allen, die dabei geholfen haben, unsere Mitbürger/innen wahrheitsgemäß über schwule und lesbische Sachverhalte in den Medien zu informieren. Wir danken allen Abgeordneten, die all die kleinen Schritte hin zu einem Gesetz zur eingetragenen Partnerschaft unterstützt haben. Und am meisten danken wir für die Unterstützung durch die Bürger/innen der Tschechischen Republik, die mit Mehrheit mit diesem Gesetz einverstanden sind.

Wir fordern alle Freunde/innen in der schwulen und lesbischen Minderheit auf, ohne Furcht diese dem 21. Jahrhundert entsprechende moderne Möglichkeit zu nutzen und ihre treuen und beständigen Beziehungen durch Anwendung dieses Gesetzes bestätigen zu lassen.

Öffentlichkeit und Gesetzgeber haben das klare Signal an die Welt gesendet – Die Tschechische Republik hat ihren Platz unter den demokratischen Staaten der Welt gefunden und betrachtet ihre Bürger/innen aus der schwulen und lesbischen Minderheit als gleichwertig zu den anderen.

Der Vorsitzende der Schwulen Initiative in der Tschechischen Republik Jiri Hromada hat diesen Sieg mit den folgenden Worten kommentiert:

"Vor einer Woche forderte Vaclav Klaus die Abgeordnetenkammer auf, ihren gesunden Menschenverstand zu gebrauchen. Ich schicke Ihnen eine Nachricht, Herr Klaus – DER GESUNDE MENSCHENVERSTAND HAT GEWONNEN! Dank Gott..."

## **IRLAND: STAAT WILL RECHTLICHEN SCHUTZ FÜR ZIVILE PARTNERSCHAFTEN**

*Von Michael O'Farrell, Reporter für Politik, Irish Examiner, 22. März 2006,*

[www.irishexaminer.com/pport/web/ireland/Full\\_Story/did-sqgx5vwu1rzpAsgdL11Zs5FWAE.asp](http://www.irishexaminer.com/pport/web/ireland/Full_Story/did-sqgx5vwu1rzpAsgdL11Zs5FWAE.asp)

Die Regierung ist dabei, den ersten Schritt für das Angebot rechtlichen Schutzes für zivile Partnerschaften mit der Einrichtung einer neuen Arbeitsgruppe zu machen, die sie über den Sachverhalt beraten soll.

In der gestrigen Kabinettsitzung wurde vereinbart, dass das Justizministerium die Arbeitsgruppe einrichten und sie beauftragen würde, ein Optionspapier für die Regierung zu verfassen.

In dem Dossier würden mögliche Optionen zur Einführung der allerersten Rechtsgrundlage und Definition zusammenlebender Paare dargestellt. Solche Optionen dürften keine Änderungen der verfassungsmäßigen Definition von Familie vorsehen, weil der Verfassungsausschuss des Parlaments einen Volksentscheid zu dem Sachverhalt ausgeschlossen habe.

Ein Regierungssprecher erklärte gestern Abend, "keinesfalls annähern" würde sich die Arbeitsgruppe der Frage gleichgeschlechtlicher Partnerschaften. "Sie werden nur die Optionen prüfen und sehen, was sie tun können, um der Partnerschaft eine Rechtsgrundlage zu geben", sagte der Sprecher.

Im Januar kam der Parlamentsausschuss für die Verfassung zu dem Schluss, dass jeder Versuch, die verfassungsmäßige Definition der Familie zu ändern, eine "tiefe und lang anhaltende Kluft" in der Gesellschaft verursachen würde. Stattdessen beschloss der Ausschuss einen Kompromiss, gesetzgeberische Änderungen zu empfehlen, um die Rechtsstellung von 77.000 zusammen lebenden Paaren zu regeln.

Allerdings widersetzten sich Labour, Sinn Féin und die Grünen der Entscheidung des Ausschusses, keine Volksabstimmung zu empfehlen, um gleichgeschlechtlichen Paaren und nichtehelichen Familien die gleiche Rechtsstellung wie die Ehe zu verleihen.

Der Schritt wurde von Schwulen- und Bürgerrechtsorganisationen mit dem Argument scharf kritisiert, dass er die Kluft zwischen heterosexuellen und schwulen Paaren weiter aufreißt.

Religionsgemeinschaften waren allerdings der Ansicht, der Ausschuss wäre mit dem Vorschlag einer Abweichung der auf Eheschließung beruhenden Familie zu weit gegangen.

## **NIEDERLANDE: ANZAHL GLEICHGESCHLECHTLICHER EHESCHLIEßUNGEN STABILISIERT SICH**

Quelle: *Expatica*, 20. März 2006, [www.expatica.com/source/site\\_article.asp?subchannel\\_id=1&story\\_id=28548&name=Same%2Dsex+marriage+numbers+settle+down](http://www.expatica.com/source/site_article.asp?subchannel_id=1&story_id=28548&name=Same%2Dsex+marriage+numbers+settle+down)

Die Zahl gleichgeschlechtlicher Eheschließungen hat sich seit der Einführung der schwulen Heirat in den Niederlanden vor fünf Jahren stabilisiert.

Statistics Netherlands (CBS) erklärte am Montag, 1.166 schwule und lesbische Paare hätten im Jahr 2005 geheiratet, im Vergleich zu 1.220 im Jahr davor. Demographieprofessor Jan Latten im CBS erwartet annähernd 1.200 schwule oder lesbische Eheschließungen in 2006, weil die Eheschließungsrate in diesem Jahr bis jetzt auf der gleichen Höhe wie zu dieser Zeit im vergangenen Jahr liege.

Immerhin 2.414 schwule oder lesbische Paare heirateten 2001, als die Niederlande als erster Staat in der Welt die gleichgeschlechtliche Eheschließung einführten. Es gab auch einen Ansturm auf die Standesämter Jahr danach, als 1.838 gleichgeschlechtliche Paare heirateten.

"Es gab 2001 so etwas wie eine Heiratsbegeisterung. Viele der Menschen heirateten, die bereits seit 30 oder 40 Jahren zusammen lebten", sagte er. Die Zahlen erreichten ihren Höhepunkt im Jahr 2002.

"Danach gingen die Zahlen zurück. Jeder fragte, wie das möglich war, wo doch die Öffnung der Eheschließung so beliebt erschien. Es scheint, dass dieser Höhepunkt der "Neuigkeitseffekt" war. Die Zahlen 2004 und 2005 waren im Wesentlichen gleich", sagte Latten.

Latten geht davon aus, dass sich die Heiratsabsicht in den schwulen und lesbischen Communities stabilisiert habe und die Jahreszahlen von jetzt an ähnlich sein werden.

Schwule heiraten hauptsächlich deshalb weniger als Heterosexuelle, weil Schwule weniger oft Kinder haben als Heterosexuelle. "Kinder sind immer noch oft der Grund für eine Eheschließung", erklärte Latten.

Die vom CBS verglichenen Scheidungsraten unterscheiden sich nicht zwischen heterosexuellen und gleichgeschlechtlichen Paaren. Das CBS teilte mit, es sei allerdings bemerkenswert, dass verheiratete Lesben, die sich scheiden lassen, das früher tun als verheiratete schwule Männer.

Die Gesamtzahl an Eheschließungen – heterosexuelle und gleichgeschlechtliche – ist in den letzten fünf Jahren bemerkenswert gefallen. In 2001 heirateten 82.091 Paare im Vergleich zu 73.861 im vergangenen Jahr.

## **VERSAMMLUNGSFREIHEIT**

### **AUFFORDERUNG AN MOSKAUER BÜRGERMEISTER, GAY PRIDE VERBOT ZU "ÜBERPRÜFEN"**

Quelle: *Pink News*, 29. März 2006, [www.pinknews.co.uk/news/articles/2005-958.html](http://www.pinknews.co.uk/news/articles/2005-958.html)

Der Europarat hat den Bürgermeister von Moskau aufgefordert, die Schwulenparade der Stadt zu genehmigen.

Der Präsident des Kongresses lokaler und regionaler Behörden beim Rat, Giovanni die Stasi, forderte Yuri Luzhkov auf, seine Politik zu "überprüfen" und der schwulen Community zu gestatten, im Mai in Russland zu paradieren, weil es dazu eine Berechtigung gemäß der Menschenrechtskonventionen zur Ausdrucksfreiheit und zum Schutz vor Diskriminierung gäbe.

Er erklärte in einem Brief an den Bürgermeister; *"Das allgemeingültige und unveräußerliche Wesen dieser Rechte kann niemals in Frage gestellt werden. In dieser Hinsicht hat der Kongress, dessen Präsident ich bin, lange versucht, das Los von Minderheiten und verwundbaren Gruppen auf lokaler und regionaler Ebene zu verbessern und ihre volle Teilnahme an allen Aspekten der Zivilgesellschaft als wertgeschätzte und geschätzte Bürger/innen zu fördern."*

*"Der Kongress war deshalb besorgt, als kürzlich zu seiner Kenntnis gebracht wurde, dass eine Gay Pride Parade, angesetzt für den 24. bis 28. Mai diesen Jahres in Moskau, von den Behörden verboten worden war."*

*"Ich wäre Ihnen sehr verbunden, Herr Bürgermeister, wenn Sie sich vorstellen könnten, ihre Entscheidung zu überprüfen und dem Kongress lokaler und regionaler Behörden weitere Informationen in dieser Hinsicht zukommen lassen könnten."*

Der Sprecher des Bürgermeisters, Sergey Tsoy, hat kürzlich erneut betont, dass die Stadt nie in Betracht ziehen würde, eine Parade zu genehmigen. *"Die Moskauer Stadtregierung wird nicht einmal in Betracht ziehen, eine schwule Parade zu genehmigen". Er behauptete, dass die vorgeschlagene Veranstaltung Empörung in der Gesellschaft und insbesondere unter Religionsführern hervorgerufen habe.*

Herr Tsoy erklärte, der Bürgermeister *"war sich sicher, dass die Stadtregierung keine schwule Parade in irgendeiner Form genehmigen wird, offen oder getarnt, und, dass alle Versuche, eine ungenehmigte Aktion zu organisieren, unterdrückt werden"*.

## **SCHWARZES BRETT**

### **ZWEI JOBS IM BÜRO FÜR DEMOKRATISCHE INSTITUTIONEN UND MENSCHENRECHTE**

*Von Jo-Anne Bishop, Leiterin des Programms für Toleranz und Nichtdiskriminierung OSCE-ODIHR, [www.osce.org/odihr](http://www.osce.org/odihr)*

Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) ist als Haupteinrichtung der OSZE für die menschliche Dimension verantwortlich und führt eine große Anzahl von Hilfsprojekten in den Bereichen des Aufbaus demokratischer Institutionen, der Geltung des Rechts und der Menschenrechte wie auch der Wahlbeobachtung durch.

Position: **Mitarbeiter/in für Berichte über Verbrechen aus Hass**

Dienstort: Warschau, Polen

Bewerbungsfrist: 19. April 2006

Weitere Einzelheiten und Bewerbungsanforderungen:

[www.osce.org/employment/13108.html](http://www.osce.org/employment/13108.html).

Position: **Rechtsberater/in**

Dienstort: Warschau, Polen

Bewerbungsfrist: 21. April 2006

Weitere Einzelheiten und Bewerbungsanforderungen:

[www.osce.org/employment/show\\_vacancy.php?id=2378](http://www.osce.org/employment/show_vacancy.php?id=2378)

### **Jobgelegenheit beim Europäischen Netzwerk gegen Armut**

*Source: EAPN Flash No 164, 7 April 2006*

Das Europäische Netzwerk gegen Armut sucht eine/n Informationsmitarbeiter/in

Bewerbungsfristende: 1. Mai 2006

Einzelheiten und Bewerbungsformular auf seiner Website:

[www.eapn.org/code/en/news\\_detail.asp?pk\\_id\\_content=1922](http://www.eapn.org/code/en/news_detail.asp?pk_id_content=1922)

## **AKTUELLE BÜCHER ÜBER LGBT-RECHTE**

Matteo Bonini Baraldi: "Le nuove convivenze - tra discipline straniere e diritto interno", ISBN 88-217-2238-4 [auf Italienisch]:

<http://ipshop.ipsoa.it/scheda.asp?ID=000053597>.

Ian Curry-Sumner: "All's well that ends registered? The Substantive and Private International Law Aspects of Non-Marital Registered Relationships in Europe",

ISBN 90-5095-532-0 [auf Englisch]:

[www.intersentia.be/zoekdetail.asp?pid=1251](http://www.intersentia.be/zoekdetail.asp?pid=1251).

Mark Harper, Martin Downes, Katharine Landells and Gerald Wilson:  
"Civil Partnership: The New Law" (about the legislation in England and Wales),  
ISBN 0 85308 933 7 [auf Englisch]:  
[www.jordanpublishing.co.uk/Publications/catDetails.aspx?productID=65](http://www.jordanpublishing.co.uk/Publications/catDetails.aspx?productID=65).

"The gays' and lesbians' rights in an enlarged European Union",  
edited by Anne Weyembergh and Sinziana Carstocea (2006),  
ISBN 2-8004-1367-0 [auf Englisch]:  
[www.editions-universite-bruxelles.be/ABWebBuilder.php?page=/catalogue](http://www.editions-universite-bruxelles.be/ABWebBuilder.php?page=/catalogue).

"La discriminazione fondata sull'orientamento sessuale",  
edited by Stefano Fabeni, Maria Gigliola Toniollo,  
ISBN 88-230-1029-2 [auf Italienisch]:  
[www.ediesseonline.it/asp/libro.asp?id=245](http://www.ediesseonline.it/asp/libro.asp?id=245).

## **Gleiche Rechte in der Praxis – aktueller Stand**

*Quelle: Europäische Kommission, 20. März 2006*

Die aktuelle Ausgabe von "Gleiche Rechte in der Praxis" – die aktuelle Übersicht über das Aktionsprogramm zur Bekämpfung von Diskriminierung – ist jetzt erhältlich. Die Frühjahrsausgabe 2006 bringt ein Interview mit dem neuen Leiter der Antidiskriminierungsabteilung der Europäischen Kommission über das Europäische Jahr der Chancengleichheit 2007.

Sie enthält auch ein Profil der hochrangigen Arbeitsgruppe, die eingerichtet wurde, um die Europäische Kommission beim sozialen Einbezug ethnischer Minderheiten zu beraten und eine Zusammenfassung von Neuigkeiten über die Informationskampagne "Für Vielfalt. Gegen Diskriminierung". Diese Ausgabe konzentriert sich besonders auf die Vielfalt am Arbeitsplatz, indem einige Beispiele bewährter Praktiken von Arbeitgebern/innen herausgestellt werden. Das Gastvorwort wurde von Philippe de Buck geschrieben, Generalsekretär der UNICE – des europäischen Arbeitgeberverbands.

Englisch:

[www.europa.eu.int/comm/employment\\_social/fundamental\\_rights/pdf/pubst/nl5\\_06\\_en.pdf](http://www.europa.eu.int/comm/employment_social/fundamental_rights/pdf/pubst/nl5_06_en.pdf)

Französisch:

[www.europa.eu.int/comm/employment\\_social/fundamental\\_rights/pdf/pubst/nl5\\_06\\_fr.pdf](http://www.europa.eu.int/comm/employment_social/fundamental_rights/pdf/pubst/nl5_06_fr.pdf)

Deutsch:

[www.europa.eu.int/comm/employment\\_social/fundamental\\_rights/pdf/pubst/nl5\\_06\\_de.pdf](http://www.europa.eu.int/comm/employment_social/fundamental_rights/pdf/pubst/nl5_06_de.pdf)